

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des a.o. Rates TTE (Energie) am 28. Februar 2022 in Brüssel

Am 28. Februar 2022 fand die erste formelle Ratstagung der Energieminister:innen unter FR Vorsitz in Brüssel statt. Der ao. Rat war kurzfristig auf Grund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine einberufen worden. Den Vorsitz führte Barbara Pompili, die französische Ministerin für den ökologischen Übergang. Die österreichische Delegation wurde von FBM Leonore Gewessler geleitet. Die EK war durch Kommissarin Kadri Simson (Energie) vertreten.

Den einzigen Tagesordnungspunkt stellte ein Gedankenaustausch über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Energiesituation in Europa dar, der Fokus lag dabei zum einen auf einer Analyse der aktuellen und künftigen Versorgungssituation und zum anderen auf der Frage, welche kurzfristigen Maßnahmen zu treffen seien, um die Energiesicherheit mit Blick auf den kommenden Winter sicherstellen zu können. Zudem wurde die Frage diskutiert, welche dringend benötigten Hilfsmittel die EU und die Mitgliedstaaten der Ukraine zur Verfügung stellen könnten. Die Mitgliedstaaten verurteilten einhellig den russischen Angriff auf die Ukraine und bekundeten ihre Solidarität und Bereitschaft, die Ukraine zu unterstützen. Die Debatte war zudem von einem Bemühen gekennzeichnet, der schwierigen Situation mit einer geeinten europäischen Stimme zu begegnen. Eine enge Koordinierung von Handlungen wurde als essentiell hervorgehoben. Die Delegationen bekundeten ebenfalls Einigkeit darin, dass die hohe Abhängigkeit der EU von russischen Energieimporten rasch reduziert werden müsse.

Die EK informierte, dass in der kommenden Woche eine Überarbeitung der Toolbox zur Adressierung der hohen Energiepreise veröffentlicht werde. Diese werde Maßnahmen enthalten, wie die EU ihre Importabhängigkeit senken könne. Zudem berichteten die EK und die Mitgliedstaaten, dass die Versorgungssituation aktuell nicht gefährdet sei, es

jedoch unmittelbar Vorbereitungen für die kommenden Monate und Winter zu treffen gelte. Die Bestrebungen der EK, sich um alternative Quellen und Lieferanten zu bemühen, wurde in diesem Zusammenhang ausdrücklich begrüßt. Die Frage, wie Speicher effektiv genutzt und schnell wieder befüllt werden könnten, sahen zahlreiche Delegationen als große Herausforderung an, die auf EU-Ebene gelöst werden müsse. Eine beschleunigte Energiewende wurde von der überwiegenden Anzahl an Mitgliedstaaten als notwendige und langfristig beste Lösung benannt. Manche Mitgliedstaaten forderten, dass der Rat im Juni seine Position zur Überarbeitung der Energieeffizienz-RL und Erneuerbaren-RL festlegen solle. Bezüglich der Freigabe von strategischen Ölreserven im IEA-Rahmen und im Lichte einer Anfrage der US-Seite, zeigten sich zahlreiche Mitgliedstaaten zurückhaltend und ersuchten um weitere Abstimmungen. Kontrovers wurde die Frage einer baldigen Synchronisierung des ukrainischen mit dem kontinentaleuropäischen Netz diskutiert. Das Vorhaben wurde zwar grundsätzlich begrüßt, einige Delegationen verwiesen jedoch auf mögliche Sicherheitsrisiken für das europäische Netz.

Österreich verurteilte den Angriff von Russland auf die Ukraine scharf und bekundete seine Solidarität mit der Ukraine. Man begrüße, dass die Mitgliedstaaten mit einer starken, geeinten Stimme darauf reagiere und die EU ein Bild von Einheit und Stärke vermitteln könne. Was die Situation in Österreich anbelange, prüfe man die Versorgungslage laufend. Man sei in einem hohen Maße – zu 80 % - von russischen Gaslieferungen abhängig und daher um Intensivierung strategischer Energiekooperation zur Stärkung der Versorgungssicherheit bemüht. Österreich teile die Bedenken anderer Mitgliedstaaten, dass der Einsatz der strategischen Erdölreserven nicht frühzeitig erfolgen dürfe. Aktuell gebe es keine Unterbrechungen bei den Öl- und Gasflüssen. Sollte es zu Lieferunterbrechungen kommen, biete der nationale Gesetzesrahmen die Möglichkeit, lenkend einzugreifen, um die Versorgungssicherheit der Haushalte sicherzustellen. Die hohe Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas sei eine Schwäche Europas, dies müsse man dringend ändernd. Die aktuelle Situation verdeutliche, dass Energiepolitik zugleich Sicherheitspolitik bedeute. Es gelte Vorbereitungen für den kommenden Winter zu treffen. In Österreich arbeite man an regulatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung von Speichervorräten. Man begrüße die intensivierten Bemühungen der EK um eine Diversifizierung von Quellen.

Österreich werde die Ukraine mit Treibstofflieferungen unterstützen. Hinsichtlich der Synchronisierung der Stromnetze wurde um Vorsicht und um eine genaue Prüfung der technischen Anforderungen und Risiken für das europäische Netz ersucht. Neben den kurzfristigen Maßnahmen müsse man jetzt strategische Entscheidungen mit langfristiger Wirkung treffen und die Energiewende beschleunigen. Dies bedeute mehr erneuerbare

Energie, Energieeffizienz und Elektrifizierung, was nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern ein Weg zur Sicherstellung der strategischen Autonomie und Unabhängigkeit der EU bedeute. Das „Fit for 55“-Paket gelte es daher rasch umzusetzen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

6. Mai 2022

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin